

**Die SA – Bürgerkriegsarmee und Massenorganisation
des deutschen Faschismus**

Dr. Reiner Zilkenat, November 2004

Die Geschichte des deutschen Faschismus ist aufs engste mit den 1920 gegründeten „Sturmabteilungen“ (SA) verknüpft.

Sie waren es, die vor allem in der Zeit der Weimarer Republik, nicht zuletzt auch bei ausländischen Beobachtern, das Bild vom deutschen Faschismus prägten. Ein Bild, das gekennzeichnet war von hemmungsloser Gewaltanwendung gegenüber politischen Gegnern, einer Gewaltanwendung, die selbstverständlich auch den Mord ins Kalkül zog.

Von Beginn an befanden sich Juden im Visier der SA.

Vor allem der zum 1. November 1926 von Adolf Hitler eingesetzte Berliner Gauleiter, der damals neunundzwanzigjährige Germanist Dr. Joseph Goebbels, organisierte mit seinen SA – Führern Wolf Heinrich Graf von Helldorf, Kurt Daluege und Karl Ernst regelrechte Jagden auf Juden in der Berliner Innenstadt, insbesondere auf dem Kurfürstendamm.¹

Seit dem großen Wahlerfolg der NSDAP am 14. September 1930, als die Nazis nach der SPD zur zweitstärksten Partei in Deutschland avanciert war, strömten immer mehr Männer, darunter nicht zuletzt junge Leute und Erwerbslose, in die Sturmabteilungen.

Hier fanden sie auch die Möglichkeit, kostenlos oder gegen ein geringes Entgelt, eine warme Mahlzeit einzunehmen; in der sich seit 1929 ausbreitenden Weltwirtschaftskrise war dies für breite Schichten der Bevölkerung beinahe ein Luxus.

Auch bestanden in manchen SA – Heimen Schlaf- und Unterkunftsmöglichkeiten. Kurzum: Neben der Bereitschaft, sich im politischen Kampf als gewaltbereiter Saal- und Straßenkämpfer zu betätigen, existierten durchaus auch handfeste materielle Interessen, die es für manchen in einer Zeit voller Not und Elend durchaus attraktiv erscheinen ließ, Mitglied der SA zu werden.

In der Endphase der Weimarer Republik entstand eine faschistische Bürgerkriegsarmee, die bereit und in der Lage war, sich bedingungslos den Befehlen von Adolf Hitler und des Obersten Stabsführers der SA, Ernst Röhm, unterzuordnen. Von Januar bis Dezember 1931 verdreifachte sich die Zahl der SA – Angehörigen von 88.000 auf 260.000. An der Jahreswende 1932/33 waren insgesamt 430.000 Männer in den Sturmabteilungen organisiert. Allein in Preußen verfügte die SA bereits im Dezember 1930 über 44.600 gewaltbereite Kämpfer.

In Berlin hatte nach Informationen, die dem Reichsministerium des Innern vorlagen, die SA im Oktober 1931 3.557, im darauffolgenden Monat 4.024 Mitglieder.²

Die SA rekrutierte sich aus allen Schichten der Bevölkerung, wobei „über den starken Anteil Jugendlicher bzw. junger Männer in der SA kaum Zweifel bestehen“.³

Im übrigen verstanden es die Sturmabteilungen, sich an das jeweilige lokal bzw. regional vorherrschende soziale Milieu anzupassen: So rekrutierte sie in von Arbeitern dominierten Gebieten besonders unter ihnen ihre Mitgliedschaft, während der SA in ländlichen Gegenden gleichermaßen das Eindringen in das bäuerlich – kleinbürgerliche Milieu gelang.⁴

Innerhalb der Sturmabteilungen gaben die so genannten alten Kämpfer, die sich bereits vor 1929/30 in der Nazibewegung betätigt hatten, den Ton an. Viele von ihnen hatten Fronterfahrungen im Ersten Weltkrieg gesammelt. Für die selbstverschuldete Kriegsniederlage des deutschen Imperialismus machten sie „Juden“ und „Marxisten“

¹ Vgl. Dirk Walter, Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999, S. 200ff. u. Cornelia Hecht, Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik, Bonn 2003, S. 236ff.

² Zahlenangaben nach Peter Longerich, Geschichte der SA, München 2003, S. 111 u. 154 sowie: Bundesarchiv Berlin – Lichterfelde (im folgenden: BArch), R 1501/125 791, Bl.426. Weitere Angaben über die Mannschaftsstärke der SA, die vom Reichsministerium des Innern zusammengetragen worden waren, finden sich ebenda, z.B. R 1501/126 057, Bl. 290 u. 331; R 1501/126 071b, Bl. 228ff.

³ Peter Longerich, Geschichte der SA, a.a.O., S. 86.

⁴ Vgl. ebenda, S. 85.

verantwortlich, die von der Heimat aus dem angeblich im Felde unbesiegten Heer „das Messer in den Rücken“ gestoßen hätten.

Unfähig, sich in die Gesellschaft wiederinzugliedern, kämpften sie in den Jahren von 1919 bis 1923 in den „Freikorps“ bzw. in der „Schwarzen Reichswehr“ gegen die Weimarer Republik.⁵

Einige hatten sich am 9. November 1923 am „Hitler – Putsch“ in München beteiligt, als der „Führer“ der NSDAP gemeinsam mit dem ehemaligen kaiserlichen General Erich Ludendorff zum ersten Mal, wenn auch vergeblich, nach der politischen Macht griff.

Ihre exzessive Gewaltbereitschaft und ihren grenzenlosen Hass auf die Weimarer Republik übertrugen die „alten Kämpfer“ auf die jüngeren SA – Mitglieder.

An der Tagesordnung waren Angriffe auf Sozialdemokraten und Kommunisten sowie auf die beiden Wehrorganisationen der Arbeiterparteien, das „Reichsbanner“ und den „Roten Frontkämpferbund“. Immer wieder wurden deren Versammlungen und Büros überfallen. Die sozialdemokratische Tageszeitung „Vorwärts“ meldete zum Beispiel am 3. Juli 1932, dass die SA mit Motorrädern und Kraftfahrzeugen vor die „kommunistischen Lokale“ in Berlin fahre und „blindlings in die Gastwirtschaften hineinfeuere“⁶.

Mit Maschinenpistolen und Revolvern sei am vergangenen Abend auf die von Kommunisten frequentierten Gaststätten in der Rubensstraße 54 in Schöneberg, in der Oudenarder Straße 27 im Wedding und in der Voigtstraße 19 im Friedrichshain das Feuer eröffnet worden. Zunehmend gerieten auch die Büros des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und seiner Mitgliedsverbände ins Visier der SA.

In einem Schreiben von Hermann Schlimme, Sekretär des Bundesvorstandes des ADGB, an den Parteivorstand der SPD vom 15. September 1932, wurden ca. 30 Überfälle und Provokationen der Sturmabteilungen aufgeführt.⁷

So hatten etwa 100 SA – Männer am 15. Juli einen Sturm auf das Gewerkschaftshaus in Halle unternommen, bei dem es zwei Schwerverletzte gegeben hatte. Ähnliche Überfälle auf Verwaltungsgebäude der Gewerkschaften durch die SA hatten sich am 9. Juni in Frankfurt an der Oder, am 1. August in Königsberg und am 5. August in Esslingen zugetragen. Besonders brutal ging die SA beim Sturm auf das Gewerkschaftshaus in Eckernförde am 10. Juli 1932 vor. Dieser Überfall forderte zwei Todesopfer und viele Verletzte. Die Liste derartiger Vorkommnisse könnte beliebig erweitert werden.

Ihren Ausgangspunkt nahmen die gewalttätigen Aktion der „Sturmabteilungen“ immer wieder in den schon erwähnten SA – Lokalen. Die liberale „Vossische Zeitung“ berichtete im August 1931 von insgesamt 108 solcher Heimstätten allein in Berlin. In der Baerwaldstraße 38 im Bezirk Kreuzberg existierte sogar eine Art von SA – Klinik, in der unter der Leitung des Nazi – Arztes Dr. Döppner erkrankte bzw. bei Schlägereien verletzte „Sturmmänner“ medizinisch versorgt werden konnten.⁸

⁵ Vgl. hierzu insbesondere Bernhard Sauer, Schwarze Reichswehr und Fememorde. Eine Milieustudie zum Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik, Berlin 2004. Der Autor schreibt auf S. 9: „Die Schwarze Reichswehr war eine der wichtigsten Vorläuferorganisationen des Nationalsozialismus in Norddeutschland.“ Zu den späteren SA – Führern, die den Freikorps bzw. der Schwarzen Reichswehr angehört hatten, zählten u.a. Wolf Heinrich Graf v. Helldorf (Freikorps Rossbach), Karl Daluege (Freikorps Rossbach), Ernst Röhm (Wehrverband Reichskriegsflagge), Edmund Heines (Freikorps Oberland), Karl Ernst (Freikorps Rossbach) u. Walther Stennes (Freikorps Hacketau).

⁶ Vorwärts, Nr. 309, 3.7.1932, „Blutnacht in Berlin. Systematische Feuerüberfälle auf KPD – Lokale.“

⁷ Vgl. Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 4: Die Gewerkschaften in der Endphase der Weimarer Republik, 1930 – 1933, bearbeitet v. Peter Jahn, Köln 1988, Dokument Nr. 127, S. 696ff. Dieser Quelle sind auch die folgenden Angaben entnommen worden.

⁸ Vgl. Vossische Zeitung, Nr. 408, 30.8.1931, „Soldatenleben im Frieden. Kasernenzauber der SA.“

Besonderes Aufsehen erregte der mit beispielloser Brutalität vollzogene Mord an einem Sympathisanten der KPD im oberschlesischen Potempa am 10. August 1932.⁹

Uniformierte und offenbar angetrunkene SA – Männer drangen gewaltsam in die Wohnung der Arbeiterfamilie Pietrzuch ein.

Mit dem Ruf: „Raus aus dem Bett, ihr verfluchten Kommunisten! Hände hoch!“, holten sie den 35jährigen Bergarbeiter Konrad Pietrzuch und seinen Bruder Alfons aus ihren Betten und begannen sie mit Faustschlägen und Fußritten zu misshandeln. Konrad Pietrzuch, dem es gelang, sich in eine Kammer einzuschließen, wurde durch einen Pistolenschuss, den einer der Täter durch die geschlossene Kammertür abgab, getötet. Dies alles geschah im Angesicht der Mutter des Getöteten.

In Beuthen wurden fünf der insgesamt sechs Täter zwar von einem Sondergericht am 22. August zum Tode verurteilt, am 22. September erfolgte jedoch bereits die Begnadigung zu lebenslanger Haft.¹⁰ Nach der Machtübernahme der Nazis verfügten die zuständigen Justizorgane im März 1933 sogar ihre Freilassung.¹¹ Als „Anerkennung“ für ihr Verbrechen wurden die Mörder sogar mit dem „Blutorden“ der NSDAP dekoriert.

Bereits am Tage der Urteilsverkündung hatte die SA in Beuthen schwere Krawalle angezettelt. Braunhemden drangen in jüdische Geschäfte ein und verwüsteten sie. Scheiben von sozialdemokratischen Zeitungsredaktionen wurden eingeworfen, der schlesische SA – Führer Edmund Heines drohte in aller Öffentlichkeit dem Gericht und der Regierung mit Vergeltung. Joseph Goebbels hetzte im „Angriff“ gegen die Juden, die nach seiner Auffassung als die eigentlichen Drahtzieher der Beuthener Urteile gegen die SA – Männer anzusehen seien.

Diese brutale Mordtat in Potempa und ihre Kommentierung durch die obersten Repräsentanten der NSDAP und der SA führten dazu, dass die erst seit kurzem amtierende Regierung von Papen und einige bürgerlich – konservative Kräfte, die dem blutigen Treiben der Sturmabteilungen bisher mit Verständnis oder klammheimlicher Freude zugesehen hatten, wenigstens zeitweilig auf Distanz zu den Nazis gingen.

Auf die Öffentlichkeit besonders abstoßend wirkte ein so genanntes Solidaritätstelegramm, das Adolf Hitler am 23. August, einen Tag nach der Verurteilung der Täter, an die SA - Mörder gerichtet hatte. Darin hieß es: „Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichen Bluturteils fühle ich mich Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre. Der Kampf gegen eine Regierung, unter der dieses möglich war, unsere Pflicht.“¹²

Alle diese Aktionen der Sturmabteilungen verdeutlichen: Innerhalb der SA hatte sich eine eigenständige, männerbündisch und militärisch - terroristisch geprägte „Subkultur“ herausgebildet, die nicht zuletzt von der Überzeugung geprägt war, Keimzelle und Vorbild eines neuen, faschistisch definierten Deutschland zu sein, in der es für andere politische Parteien und Gruppen, aber auch für Juden, keinen Platz mehr geben sollte. Dieses „3. Reich“ genannte neue Deutschland sollte durch brutale Gewaltanwendung, mit Hilfe eines blutigen Staatsstreiches, realisiert werden. Die entscheidende Rolle sollte dabei den Sturmabteilungen der NSDAP zufallen. Die seit den Reichstagswahlen von 1930 anwachsenden Tendenzen innerhalb der faschistischen Partei, auf dem Wege der Legalität in die

⁹ Zu den Ereignissen in Potempa vgl. die ausführliche Darstellung bei Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 – 1933, Berlin u. Bonn 1987, S. 699ff.

¹⁰ Urteile und Urteilsbegründungen vom 22. August 1932 sind als Abschriften enthalten in: BArch, R 1501/125 794.

¹¹ Vgl. Hans Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin u. Leipzig 1937, S. 32.

¹² Zitiert nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929 – 1933, hrsg. v. Wolfgang Ruge u. Wolfgang Schumann, Berlin 1975, S. 71.

Regierungsverantwortung zu gelangen, wurden innerhalb der Sturmabteilungen deshalb mit Kritik verfolgt oder sogar brüsk abgelehnt.¹³

Besondere Bedeutung hatte in diesem Zusammenhang die so genannte Stennes – Revolte innerhalb der Berliner SA im März/April 1931.¹⁴

Die Vorgeschichte dieser Revolte hatte im Vorfeld der Reichstagswahlen vom 14. September 1930 begonnen. Neben anderen Führern der Sturmabteilungen forderte auch der Berliner SA – Gruppenführer Walter Stennes, dem zugleich die Sturmabteilungen in Ostdeutschland unterstanden, von Adolf Hitler geradezu ultimativ die Berücksichtigung von zwei SA – Führern auf sicheren Listenplätzen.

Nachdem Hitler sich jedoch geweigert hatte, den Berliner SA – Führer anzuhören und mit ihm sein Anliegen zu diskutieren, verweigerten die Berliner Sturmabteilungen ihren Dienst: Sie erklärten, Wahlkampfveranstaltungen der NSDAP und ihrer Reichstagskandidaten nicht mehr „schützen“ zu wollen. Im Ergebnis von teilweise auch gewalttätigen Auseinandersetzungen innerhalb der NSDAP, der SA und SS unterlagen Wilhelm Stennes und seine Parteigänger in der Berliner SA schließlich dem Willen Adolf Hitlers, der den „Obersten SA – Führer“ Franz Pfeffer v. Salomon ablöste und dieses Amt künftig für sich selbst beanspruchte. Der Hauptmann a. D. Ernst Röhm wurde am 5. Januar 1931 zum Obersten Stabsführer der SA ernannt.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Berliner SA waren damit jedoch nicht beendet worden. Wilhelm Stennes setzte auch 1931 in öffentlichen Verlautbarungen seine Kritik am „Legalitäts – Kurs“ der NSDAP – Führung fort, ja, er brachte sich sogar als neuer Führer der Nazipartei ins Gespräch und opponierte mit allen Mitteln gegen Ernst Röhm, den neu ernannten Obersten Stabsführer der SA. Hitler und seine Getreuen mussten jetzt handeln. Es ging nicht zuletzt darum, die potenziellen bürgerlichen Koalitionspartner, mit deren Hilfe man möglichst schnell in Ministersesseln Platz nehmen wollte, zu beruhigen und ihnen gegenüber den Nachweis anzutreten, dass die auf den Bürgerkrieg ausgerichteten Kräfte nicht die Richtlinien der Politik innerhalb der Nazi – Bewegung bestimmten.

Hitler persönlich verfügte deshalb die Absetzung von Stennes, der am 30. April 1931 die einflusslose „Nationalsozialistische Kampfbewegung Deutschlands (NSKD)“ gründete und von nun an keinerlei nennenswerte Rolle auf der politischen Bühne mehr zu spielen vermochte.

Die Sturmabteilungen blieben aber auf den Terror gegen die politischen Gegner der Nazis orientiert. Dennoch: Die Strategie der Partei – dies war für jedermann deutlich geworden – wurde allein von Hitler und seinen Vertrauten formuliert. Nach der Stennes – Revolte war die absolute Autorität des „Führers“ wieder hergestellt worden, von den SA – Führern wurden Treuebekundungen zur Person Hitlers verlangt.

¹³ In diesem Zusammenhang spielte der „Legalitätseid“ Adolf Hitlers vor dem Reichsgericht in Leipzig eine erhebliche Rolle. Als Zeuge im Prozess gegen mehrere Reichswehroffiziere geladen, denen nationalsozialistische Propagandatätigkeit vorgeworfen wurde, erklärte der „Führer“ der NSDAP: „Hitler: Überdies steht über allen meinen Befehlen der Grundsatz: Wenn die Anordnung gegen die Gesetze verstößt, darf sie nicht ausgeführt werden...“ Vorsitzender: Wie denken Sie sich die Errichtung des Dritten Reiches? Hitler: ...Wir treten in die gesetzgebenden Körperschaften ein und werden auf diese Weise unsere Partei zum ausschlaggebenden Faktor machen. Wir werden dann allerdings, wenn wir die verfassungsmäßigen Rechte besitzen, den Staat in die Form gießen, die wir als die richtige ansehen. Vorsitzender: Also nur auf verfassungsmäßigem Wege? Hitler: Jawohl“ Zitiert nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929 – 1933, a.a.O., S. 24f. Vgl. auch Kurt Pätzold u. Manfred Weißbecker, Adolf Hitler. Eine politische Biographie, Leipzig 1999, S. 169f.

¹⁴ Ausführliche Darstellung der Stennes – Krise bei Peter Longerich, Geschichte der SA, a.a.O., S. 100ff. Vgl. außerdem Hans Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, a.a.O., S. 20 u. 23f. u. die hochinteressanten Materialien in: BArch, R 1501/125 791, Bl. 476ff.; R 1501/126 071b, bes. Bl. 207ff. u. 228ff. sowie R 1501/126 205, Bl. 182ff.: Denkschrift des Regierungsrates Kuntze aus dem Reichsministerium des Innern über „Gründe und Auswirkungen des Zwistes Hitler – Stennes“ vom April 1931.

Nicht unterschätzt werden sollte auch die Existenz eines „national“ geprägten Antikapitalismus innerhalb der SA, der sich in erster Linie gegen jüdische Kapitalisten, aber mitunter auch gegen „arische“ Großindustrielle richtete. Er hatte mit den Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung keinerlei Gemeinsamkeiten, führte aber subjektiv bei nicht wenigen Mitgliedern der SA zu der Überzeugung, man sei „Sozialist“.

Sicherlich nutzten bestimmte Führer der Nazis diese bei ihren Mitgliedern und Anhängern vorhandenen Stimmungen in demagogischer Absicht, um Einfluss unter den Arbeitern und Stimmen bei den Parlamentswahlen zu gewinnen. Dennoch sollte unterschieden werden zwischen Partei- und SA – Führern wie Gregor Strasser¹⁵ oder Joseph Goebbels einerseits, die den Antikapitalismus für ihre Zwecke instrumentalisierten und der tatsächlichen, damals weit verbreiteten Ablehnung des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems andererseits, die weit hineinreichte in Parteien und Organisationen, die nicht zur Arbeiterbewegung gehörten.

Joseph Goebbels gab diesem diffusen Antikapitalismus, der die Kritik am Kapitalismus mit dem Rassismus und Nationalismus verband, in einem 1930 veröffentlichten Artikel programmatischen Ausdruck:

„Wir sind als Nationalisten die Träger eines völkischen Kampf- und Rasseideals, das seine Wirksamkeit mit dem Ganzen der Nation begrenzt sieht, und als Sozialisten die Träger eines gerechten Volksgemeinschafts – Ideals, das nichts mit internationaler Solidarität zu tun hat, sondern beim Volksganzen anfängt und an den Grenzen der Blutgemeinschaft aufhört...Die Nation ist das Primäre, das Ewige, das Unwandelbare...Der Eigentümer kann sich nur so lange auf die Heiligkeit des Eigentumsbegriffs berufen, als er sich auch damit der Nation verpflichtet fühlt, er also wohl für seinen persönlichen Vorteil sorgt, darüber aber nicht vergisst, dass er auch Sachwalter von gemeinsamen Interessen ist.“¹⁶

Die selbst gestellte Aufgabe der SA, die in den Arbeiterparteien SPD und KPD sowie in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter für den Faschismus zu gewinnen¹⁷, gelang jedoch nicht. Selbst nach dem großen Wahlerfolg der NSDAP am 13. September 1930 formulierte in einer Wahlanalyse die einflussreiche „Berliner Börsen – Zeitung“:

„Die Tatsache besteht, dass die rote Burg des Marxismus in der gewaltigen Wellenbewegung dieser Wahl sich als unerschütterlich erwiesen hat...Es ist den Nationalsozialisten nicht gelungen, die Idee zu verwirklichen, die das Hauptelement des Nationalsozialismus sein soll, die Idee nämlich, die deutsche Arbeiterschaft dem Internationalismus zu entreißen und den deutschen sozialistischen Arbeiter zum Nationalsozialismus zu erziehen.“¹⁸

¹⁵ Vgl. Kurt Gossweiler, Die Strasser – Legende. Auseinandersetzung mit einem Kapitel des deutschen Faschismus, Berlin 1994.

¹⁶ Der Angriff, Nr. 58, 20.7.1930, „Sozialismus“. In seiner ebenfalls 1930 publizierten Schrift „Der Nazi – Sozi. Fragen und Antworten für den Nationalsozialisten“ schrieb Goebbels: „Wir nennen uns Arbeiterpartei, weil wir die Arbeit frei machen wollen, wie für uns die schaffende Arbeit das vorwärtstreibende Element der Geschichte ist, weil Arbeit uns mehr bedeutet als Besitz, Bildung, Niveau und bürgerliche Herkunft.“ Ein Exemplar dieser Schrift befindet sich in: BArch, R 1501/126 066. Zitat: S. 5. Vgl. aus der Fülle von Pressartikeln zu diesem Thema, die im Jahre 1930 publiziert worden sind, auch : Der Angriff, Nr. 12, 9.2.1930, Dr. Goebbels, „Der Streik!“, Der Nationale Sozialist, Nr. 24, 20.3.1930, Gregor Strasser, „Unser Wesen. Grundsätzliches und Taktisches über das Wesen des Nationalsozialismus.“, in: BArch, R 1501/126 062, Bl. 144; Völkischer Beobachter, Nr. 81, 6./7.4.1930, „Proletarischer Nationalismus“, Der Angriff, Nr. 57, 17.7.1930, Wagner (Mdr), „Klassenkampf und Sozialismus“, Völkischer Beobachter, Nr. 203, 27.8.1930, Gottfried Feder, „Nationalsozialismus und Privateigentum“, Der Angriff, Nr. 124, 20.12.1930, „Sozialismus der Tat“

¹⁷ Der Berliner SA – Führer Graf Helldorf schrieb hierzu kurz und bündig im „Angriff“: „Es gilt, den letzten brauchbaren, heute noch marxistischen Arbeiter einzugliedern in den Nationalsozialismus.“ Der Angriff, Nr. 168, 29.8.1931, „Heran an die roten Verbände! Aufruf an die Berliner SA:“

¹⁸ Berliner Börsen – Zeitung, Nr. 430, 15.9.1930, Dr. Jügler, „Wahlergebnis: Keine parlamentarische Regierungsmöglichkeit“.

1922/23 war als Bestandteil der SA die „Schutzstaffel“ (SS) gegründet worden, deren Angehörige sich im Laufe der Zeit als die politische, geistige und „rassische“ Elite der NSDAP verstanden.

Die SS war unter anderem für den Schutz der hohen Naziführer, besonders Adolf Hitlers, zuständig, baute aber auch einen Nachrichtendienst auf, der sich sowohl gegen politische Gegner als auch oppositionelle Kräfte innerhalb der NSDAP richtete. In ihren Reihen sammelten sich zunehmend auch junge Intellektuelle. Sie waren nicht weniger gewaltbereit als die Angehörigen der Sturmabteilungen, unterschieden sich aber von ihnen durch ihre bewusste weltanschauliche Fixierung auf den deutschen Faschismus und seinen ideologischen Kern – den Rassismus und Antisemitismus – sowie durch die bedingungslose Treue zu Adolf Hitler. Seit 1929 wurde die Schutzstaffel von Heinrich Himmler geführt, der bereits am Hitler – Ludendorff – Putsch am 9. November 1923 teilgenommen hatte und zu den wichtigsten Exponenten des deutschen Faschismus avancieren sollte.

Auch das Nationalsozialistische Kraftfahrerkorps (NSKK), das für die Logistik der NSDAP und für die Attraktivität der Nazis, besonders bei technikbegeisterten jungen Männern, eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte, war organisatorisch der SA zugeordnet worden.

Immer wieder versuchten Reichs- und Landesregierungen, die Sturmabteilungen zu verbieten oder ihrer Wirksamkeit Grenzen zu setzen. In erster Linie engagierte sich die sozialdemokratisch geführte Regierung in Preußen in diesem Sinne.

Am 11. April 1932 trat endlich ein reichseinheitlich geltendes Verbot der Sturmabteilungen in Kraft. Gefordert hatte es der seit 1925 amtierende Reichspräsident Paul von Hindenburg, der im Kampf um seine Wiederwahl immer wieder von seinem Gegenkandidaten Adolf Hitler und dessen Parteirednern und –publikationen herabgesetzt und bisweilen offen beleidigt worden war. Die SA störte zugleich systematisch die Veranstaltungen derjenigen Parteien und Politiker, die für eine zweite Amtszeit von Hindenburgs eintraten. Dabei wandten sie häufig brutale Gewalt an.

Gemeinsam mit Teilen der Reichswehrrführung, den meisten Landesregierungen sowie dem zuständigen Innenminister Wilhelm Groener setzte Hindenburg das Verbot der SA beim Reichskanzler Heinrich Brüning durch. Dieser hatte längere Zeit mit einer solchen Maßnahme gezögert, weil er die NSDAP als potenzielle parlamentarische Stütze seiner Minderheitsregierung im Reichstag zu benötigen glaubte.¹⁹

Die Notverordnung vom 13. April 1932 sowie die am 8. Dezember des Vorjahres in Kraft gesetzte Notverordnung des Reichspräsidenten „Zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens“, die u.a. ein Uniformverbot für politische Gruppierungen beinhaltete, wurde jedoch – wie auch andere staatliche Verbote gegen die Propagierung und Anwendung von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung - in erster Linie gegen die politische Linke, weniger gegen die SA angewandt.²⁰

In einer amtlichen Statistik des Reichsministeriums des Innern für den Zeitraum von April bis Juni 1931 wurden 905 Versammlungen und Demonstrationen linker Organisationen angeführt, die verboten worden seien, während sich die Rechte, vor allem die NSDAP und die SA, nur mit 305 solcher Verbote konfrontiert sah. Während in diesen drei Monaten 307

¹⁹ Vgl. Heinrich Brüning, *Memoiren 1918 – 1934*, Bd. 2, München 1972, S. 567ff. u. bes. Gotthard Jasper, *Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930 – 1934*, Frankfurt a. M. 1986, S. 63ff. Zum SA – Verbot vom 13.4.1932 und seiner Vorgeschichte vgl. ebenda, S. 83ff.

²⁰ Gegen die SA gerichtete Uniformverbote waren bereits im Juni 1930 in Preußen, Baden und Bayern verfügt worden. Vom Mai 1927 bis zum März 1928 waren außerdem in Berlin alle Aktivitäten der NSDAP und der SA polizeilich verboten worden. Vgl. Bernd Kruppa, *Rechtsradikalismus in Berlin 1918 – 1928*, Berlin u. New York 1988, S. 342ff.

Versammlungen und Demonstrationen der Linken aufgelöst wurden, betrafen die Auflösungsbefehle der Polizei nur 91 solcher Veranstaltungen der politischen Rechten.²¹ Wie man sieht, legte die Exekutive in der Weimarer Republik häufig zweierlei Maß an, wenn es um die Verhinderung bzw. die Ahndung von politisch motivierten Gewalttätigkeiten ging. Der sozialdemokratische Parteivorsitzende und Reichstagsabgeordnete Otto Wels sah sich deshalb genötigt, in einem Schreiben vom 1. Februar 1931 den Reichsminister des Innern, Joseph Wirth, darauf hinzuweisen, dass die Justiz auf dem rechten Auge weitgehend blind sei: „Schlimm ist es, dass einzelne Verwaltungen, die Justiz in erheblichem Maße, diesem Terror gegenüber versagen; ja, es passiert sogar oft, dass die angegriffenen Republikaner mit den Nazis vor Gericht gestellt, viel härter bestraft werden, als die angreifenden Nationalsozialisten, wenn letztere nicht sogar freigesprochen werden.“²² Deshalb konnten sich die Sturmabteilungen über Verbotsmaßnahmen immer wieder hinwegsetzen. Die staatlichen Behörden verfügten über keine ausreichenden Ressourcen, zum Teil aber auch nicht über den notwendigen politischen Willen, diese Verbote konsequent umzusetzen.

Es kam hinzu, dass immer mehr Staatsbedienstete, auch Angehörige der Polizei, selbst Mitglieder der SA geworden waren, und alles taten, um die Bürgerkriegsarmee der Nazis über bevorstehende Verhaftungen, Durchsuchungen und Verbote zu unterrichten. 1931 hatten Wuppertaler Polizeibeamte einen eigenständigen „SA – Polizeisturm“ gegründet, 1932 hoben mit den Sturmabteilungen sympathisierende Polizisten in Hamburg einen so genannten Kameradschaftsbund nationaler Polizeibeamter aus der Taufe.²³ Nach Erkenntnissen des Reichsministeriums des Innern vom Juli 1931 existierte ein regelrechter Nachrichtendienst der SA – so genannte SA – Beobachter – innerhalb der Polizei, bei der Reichswehr, in Postämtern und anderen staatlichen Institutionen, der die SA – Führungen mit wichtigen Informationen versorgte.²⁴

So wurden zum Beispiel im März 1932 in Berlin der Polizei - Leutnant Lange und der Wachtmeister Schulz wegen des Verrats von Polizeiaktionen gegen die SA verhaftet und von der Staatsanwaltschaft angeklagt. Doch das entsprechende Strafverfahren wurde vierzehn Tage vor der Machtübertragung an die Nazis aus durchsichtigen Gründen wieder eingestellt.²⁵ So kam, was kommen musste: Das Verbot der SA vom 11. April 1932 wurde im Vorfeld der Reichstagswahlen am 31. Juli desselben Jahres wieder aufgehoben, die Sturmabteilungen konnten jetzt wieder in voller Legalität ihren Beitrag dazu leisten, dass die NSDAP als stärkste Fraktion in das Parlament einziehen konnte.

Nicht im Ergebnis eines Bürgerkrieges, bei dem die SA die Hauptrolle hätte spielen müssen, sondern durch die Übertragung der Regierungsgewalt am 30. Januar 1933 durch den greisen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, gelangte die faschistische Partei an die Macht und Adolf Hitler in das Amt des Reichskanzlers. Vorausgegangen war ein umfangreiches Intrigenspiel, an dem wichtige Exponenten von Industrie und Banken, Interessenvertreter der nach wie vor einflussreichen ostelbischen Großgrundbesitzer sowie Persönlichkeiten aus der unmittelbaren Umgebung des Reichspräsidenten teilgenommen hatten.²⁶

²¹ BArch, R 1501/126 031, Bl. 147.

²² Ebenda, R 1501/125 793, Bl. 139.

²³ Vgl. Peter Longenrich, Geschichte der SA, a.a.O., S. 154f.

²⁴ Vgl. BArch, R 1501/126 205, Bl. 269f.

²⁵ Vgl. ebenda, R 1501/126 140, Bl. 391.

²⁶ Vgl. Joachim Petzold, Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, Berlin 1982, bes. S. 329ff.; Kurt Gossweiler, Aufsätze zum Faschismus, 2., durchgesehene Aufl., Berlin 1988, S. 79ff., 230ff., 316ff. u. 624ff. u. Kurt Pätzold u. Manfred Weißbecker, Adolf Hitler. Eine politische Biographie, a.a.O., S. 206ff.

Die fanatisierten Sturmabteilungen sahen nun ihre Stunde gekommen. Sie hielten blutige Abrechnung mit politischen Gegnern, vor allem aus der Arbeiterbewegung, mit Juden²⁷ und antifaschistischen Intellektuellen.

Funktionäre der KPD, der SPD und der Gewerkschaften standen auf den „Schwarzen Listen“ der SA an vorderster Stelle. Besonders grausam verfuhr die SA – Schläger, wenn eines ihrer Opfer sowohl Jude als auch Kommunist, Sozialdemokrat oder Gewerkschafter war. Seit dem 22. Februar waren die Angehörigen der SA und der SS vom preußischen Innenminister Hermann Göring, hinter Hitler der „zweite Mann“ in Nazideutschland, zu Hilfspolizisten ernannt worden. Die willkürlichen Verhaftungen, die Misshandlungen, Folterungen und Morde auf offener Straße und in den „wilden Konzentrationslagern“, die bereits unmittelbar nach der Machtübernahme der NSDAP in SA – Heimen und – Kasernen eingerichtet worden waren, bekamen jetzt einen gewissermaßen legalen Anstrich.

An dieser Stelle sei erinnert, dass bereits lange vor der Machtübernahme NSDAP – und SA – Führer in aller Offenheit vorhergesagt hatten, was jetzt geschah. So formulierte zum Beispiel der Berliner Gauleiter Goebbels in einer Nazi-Großveranstaltung im Sportpalast im November 1930:

„Es ist gefragt worden: Werden Köpfe rollen? Und unsere Antwort lautet: Jawohl. Sie werden einmal ganz verfassungsmäßig und legal rollen.“²⁸

Und dennoch: Innerhalb der SA machte sich rasch eine gewisse Enttäuschung über die politische Entwicklung in Deutschland breit, eine Enttäuschung, die sich gelegentlich auch in kritischen Bemerkungen gegenüber Adolf Hitler und die „Bonzen“ in Berlin Luft machte. Zwar konnten die Sturmabteilungen ihren grausamen Terror in den Wochen und Monaten unmittelbar nach der Machtübernahme fast unbehelligt ausüben, aber bald wurde klar, dass außen- und wirtschaftspolitische Rücksichtnahmen, aber auch unüberhörbare Forderungen der Reichswehr nach einer Entwaffnung der SA, ein Ende des zügellosen Treibens der Sturmabteilungen erforderten. Die von nicht wenigen Führern und Angehörigen der SA postulierte „zweite Revolution“ fand nicht statt

Adolf Hitler selbst war es, der am 6. Juli 1933 öffentlich das Ende der „nationalsozialistischen Revolution“ verkündete. Am 15. August verloren die Angehörigen der Sturmabteilungen den erst vor kurzem zuerkannten Status als „Hilfspolizisten“. Selbst der Stabschef der SA Ernst Röhm musste in einem Befehl an seine „Sturmmänner“ vom 31. Juli 1933 darauf hinweisen, dass es „zu unerhörten Übergriffen“ durch Angehörige der SA gekommen sei. Hierzu gehörten die „Befriedigung persönlicher Rachebedürfnisse, unzulässige Misshandlungen, Raub, Diebstahl und Plünderung“.²⁹

Eines wurde jetzt deutlich: Statt unkoordinierter Gewaltakte der SA sollte jetzt der faschistische Staatsapparat mit zum Teil neugegründeten Behörden und Institutionen, wie zum Beispiel dem Geheimen Staatspolizeiamt in Berlin, die *systematische* Unterdrückung, Verfolgung und Vernichtung jeglicher politischer Opposition, aber auch der Juden sicherstellen. Worum es ging, war nicht ein Ende der Repressionen und des Terrors, sondern ihre Professionalisierung und Systematisierung. Der faschistische Staat bediente sich dabei nicht zuletzt der Fachbeamten aus der Politischen Polizei, der Kriminal- und Schutzpolizei sowie der Verwaltungsjuristen der Weimarer Republik, die in der Regel willig und initiativreich den Unterdrückungsapparat des „Dritten Reiches“ auf- und ausbauen halfen.

²⁷ Vgl. Reiner Zilkenat, Daten und Materialien zur Diskriminierung, Entrechtung und Verfolgung der Juden in Deutschland im Jahre 1933, hrsg. v. d. Rosa – Luxemburg – Stiftung e. V., Berlin 2004.

²⁸ Der Angriff, Nr. 100, 22.11.1930, „Freiheitssturm im Sportpalast.“

²⁹ Zitiert nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1933 - 1935, hrsg. v. Wolfgang Ruge u. Wolfgang Schumann, Berlin 1977, S. 55. Zu den von Röhm in seinem Befehl angesprochenen Handlungen von SA – Angehörigen vgl. die Fallstudie über die SA in Wuppertal von Ulrich Klein, SA – Terror und Bevölkerung in Wuppertal 1933/34, in: Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, hrsg. v. Detlev Peukert u. Jürgen Reulecke, Wuppertal 1981, S. 45ff.

Am 30. Juni 1934 erfolgte die Abrechnung und auch die weitgehende Entmachtung der SA durch Adolf Hitler und die ihm ergebene SS.

Diejenigen Führer der SA, die weiterhin auf die Fortführung der „nationalsozialistischen Revolution“ hinwirkten, d. h. auf die Schikanierung, ja, auf die willkürliche Enteignung von Unternehmern, auf den strafrechtlich folgenlos bleibenden, von führenden Partei – Instanzen nicht angeordneten Terror gegen tatsächliche oder vermeintlich Oppositionelle sowie gegen Juden, vor allem aber auf die Entwicklung der Sturmabteilungen zu einer „zweiten Armee“ im Staate, wurden selbst Opfer des Terrors.

Es sollte allerdings darauf hingewiesen werden, dass die in der SA und ihrer Führung vorhandene Unzufriedenheit mit der Politik der NSDAP – Führung auch eine Spiegelung weitverbreiteter Stimmungen innerhalb der Bevölkerung darstellte. Zwar war die Zahl der Arbeitslosen seit der Machtübernahme im Januar 1933 deutlich gesunken und betrug im Jahresdurchschnitt 1934 3 Millionen, aber die Löhne und Gehälter befanden sich auf einem sehr niedrigen Niveau, während zugleich die Preise anstiegen. Zugleich mehrten sich Anzeichen von Korruption und Bereicherung unter führenden Nazis.

So wurde im streng geheimen Halbmonatsbericht der Bayerischen Politischen Polizei für die Zeit vom 1 bis 14. April 1934 die Stimmung der Bevölkerung als lediglich „im Allgemeinen zufriedenstellend“ charakterisiert. Es müsse „besondere Aufmerksamkeit...der vielfach anzutreffenden und zunehmenden Verbitterung innerhalb der Kreise der verheirateten Notstandsarbeiter zugewendet werden“, die ausgelöst worden sei „durch die verhältnismäßig noch niedrigen Löhne“³⁰.

Das Staatspolizeiamt in Aachen hatte zur gleichen Zeit, nämlich am 7. April, an das Geheime Staatspolizeiamt Berlin berichtet, dass sich „die Stimmung innerhalb der Bevölkerung keineswegs gebessert hat. Trotz zahlreicher erfreulicher Erscheinungen und Erfolge macht sich in zunehmendem Maße ein ‚lähmender‘ Pessimismus breit, der nicht unbemerkt bleiben darf.“³¹

Die NSDAP und vor allem ihr Chefpropagandist Joseph Goebbels, der am 13. März 1933 zum Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda berufen worden war, führten deshalb schon seit geraumer Zeit eine Kampagne gegen „Nörgler und Miesmacher“, die sich nicht zuletzt auch gegen kritische Stimmen in den Sturmabteilungen richtete.³² Viele ihrer Angehörigen hatten gehofft, nach der „Machtergreifung“ nicht nur den Rachegelüsten gegenüber politischen Gegnern und Juden freien Lauf lassen, sondern vor allem die eigene materielle Not begraben und ein neues Leben in materiellem Wohlstand beginnen zu können. Diese Enttäuschung relevanter Kreise der SA, die zugleich von nicht geringen Teilen des Volkes über den allzu langsamen Weg aus der ökonomischen Krise geteilt wurde, war eine der wesentlichen Ursachen für die Mordaktion gegen die Sturmabteilungen am 30. Juni 1934.

Wenige Tage vor den Morden an insgesamt 50 SA – Angehörigen sowie weiteren Personen, die als tatsächliche oder potenzielle Oppositionelle galten³³, waren die Führungen der SS und der Reichswehr über die bevorstehende Gewaltaktion von Hitler informiert und über ihre dabei zu spielende Rolle instruiert worden.

³⁰ BArch, R 58/3905, Bl. 99.

³¹ BArch, R 1501/125 721, Bl. 337.

³² Vgl. hierzu die Rede von Goebbels im Berliner Sportpalast vom 11. Mai 1934, in der es u.a. hieß: „Es gibt Menschen, die haben an allem etwas auszusetzen. Man kann sich mit ihnen über große Dinge nicht unterhalten...Wir wollen den Kritikern im Lande von Angesicht zu Angesicht gegenüberreten, wollen sie zur Rede stellen und sie dem Volke in ihrer ganzen verbrecherischen Haltung zeigen...Nicht länger soll man unsere Geduld missbrauchen.“ Zitiert nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1933 – 1935, a.a.O., S. 80f.

³³ Zu diesem Personenkreis gehörten die ehemaligen Reichswehr – Generäle Kurt von Schleicher, Hitlers Amtsvorgänger als Reichskanzler!, und Ferdinand von Bredow sowie der Schriftsteller und Vertraute des Vizekanzlers Franz von Papen, Edgar Jung.

Hitler selbst befahl Ernst Röhm, für den Vormittag des 30. Juni eine Tagung der SA – Führer im bayerischen Bad Wiessee einzuberufen. In die dortige Pension Hasselbauer, dem Quartier Röhm und seiner Getreuen, drangen Hitler und seine Begleiter, unter ihnen Joseph Goebbels und der designierte Oberste SA – Führer Viktor Lutze, in den frühen Morgenstunden ein und veranlassten die Verhaftung mehrerer Führer der Sturmabteilungen. Sechs von ihnen wurden aufgrund eines ausdrücklichen Befehl Hitlers noch am selben Tag im Zuchthaus München – Stadelheim durch ein Exekutionskommando der SS hingerichtet.

Ernst Röhm wurde übrigens durch Pistolenschüsse ermordet, die der SS – Standartenführer Theodor Eicke, erster Kommandant des KZ Dachau und im Juli 1934 von Heinrich Himmler zum Inspekteur der Konzentrationslager ernannt, abgefeuert hatte.³⁴ Die von Hitler persönlich geleitete Aktion war ein voller Erfolg.

Angeblich, so lautete die offizielle Begründung für die Ereignisse am 30. Juni 1934, hätten Ernst Röhm und seine Verbündeten in der SA einen Putsch gegen Hitler und die NSDAP – Parteiführung vorbereitet, dem man durch entschlossenes Handeln zuvorgekommen sei. Deshalb wurde die Mordaktion der SS als Abwehr eines bevorstehenden „Röhm – Putsches“ ausgegeben, ein Begriff, der seitdem Eingang in die Geschichtsbücher gefunden hat. Im Hintergrund hatten einflussreiche Kräfte aus der Großindustrie, zum Beispiel Repräsentanten der IG Farben, und der Reichswehr – Führung auf Hitler eingewirkt, die schwer kontrollierbare SA endlich zu entmachten.

So hatte der Reichswehrminister von Blomberg dem „Führer“ die Unterstützung des Militärs angeboten, um nach dem in naher Zukunft zu erwartenden Tode von Hindenburgs auch das Amt des Reichspräsidenten übernehmen zu können.

Die tiefere Ursache der blutigen Abrechnung Hitlers, der SS sowie der mit ihnen übereinstimmenden Kräfte in der Reichswehr und in der Industrie mit Röhm und seinen Mitstreitern lag in den strategischen Planungen, ja, in der raison d’être des „Dritten Reiches“ begründet:

Die systematische innen- und außenpolitische sowie die kriegswirtschaftliche Vorbereitung eines Angriffskrieges erforderten von der faschistischen Staats- und Parteiführung zwingend eine stets reibungslos funktionierende Kooperation mit der Industrie und dem Militär.

Aus diesem Grunde lag die Ausschaltung der Sturmabteilungen als eines potenziellen Störfaktors, der diese weiterreichenden Ziele des deutschen Faschismus durch unkontrollierbare Handlungen hätte konterkarieren können, durchaus in der Logik des Regimes. Nicht nur oppositionelle Kräfte außerhalb der NSDAP galt es rücksichtslos auszuschalten, sondern gleichermaßen mussten jedwede oppositionelle Tendenzen und Strömungen innerhalb der Nazi – Organisationen vernichtet werden. Anderenfalls wäre das grundlegende Ziel der Faschisten – den 1918 gescheiterten „Griff nach der Weltmacht“ des deutschen Imperialismus in einem zweiten Anlauf erfolgreich zu realisieren – zum Scheitern verurteilt gewesen.

Joseph Goebbels übernahm nach dem 30. Juni 1934 die ihm gemäße Rolle des Lobredners der an den SA – Führern, aber auch anderen Personen vollzogenen politischen Morde. Auf einer Großkundgebung im Berliner Sportpalast am 10. Juli polemisierte er in erster Linie gegen die kritische Berichterstattung der ausländischen Medien, formulierte aber zugleich die authentische Interpretation der Niederschlagung des „Röhm – Putsches“ aus der Sicht der faschistischen Führung:

„Der 30. Juni ist in Deutschland reibungslos und ohne jede innere Erschütterung verlaufen. Der Führer hat mit seiner Autorität und einer bewundernswerten Kühnheit die Revolte eines kleinen Klüngels von Saboteuren und krankhaften Ehrgeizlingen blitzartig niedergeschlagen. Die Ruhe und Ordnung wurde dabei im ganzen Lande nicht gestört. Das tägliche Leben ging

³⁴ Zum Ablauf der Geschehnisse am 3. Juni 1934 vgl. u.a.: Peter Longerich, Geschichte der SA, a.a.O., S. 206ff., bes. 215ff. u. Kurt Pätzold u. Manfred Weißbecker, Adolf Hitler. Eine politische Biographie, a.a.O., S. 263ff.

seinen normalen Gang...Das Volk in seiner Gesamtheit aber begrüßte mit einem befreienden Aufatmen die rettende Tat des Führers, die Deutschland und damit die ganze Welt vor schwersten Katastrophen bewahrte...Wenn sich etwas in Deutschland geändert hat, so höchstens, dass das Volk seitdem mit noch größerer Liebe und Anhänglichkeit dem Führer und dem von ihm repräsentierten politischen Regime zugetan ist.“³⁵

Tatsächlich hatte sich die Stimmung in der Bevölkerung nach der Entmachtung der SA und der Liquidierung einiger ihrer Führer schlagartig zugunsten Hitlers verändert. Offenbar stießen die Maßnahmen gegen die im Volke unbeliebten Sturmabteilungen auf breite Zustimmung. „

Der Hass auf die SA“, schreibt der Historiker Ian Kershaw als Ergebnis seiner Analyse von Stimmungsberichten der Geheimen Staatspolizei, die unmittelbar nach dem 30. Juni 1934 verfasst worden waren, „die mit Hilfe von Sonderkommissaren und Hilfspolizisten in Bayern besonders offen als Speerspitze der nationalsozialistischen ‚Revolution von unten‘ operiert hatte, war so groß, dass die Erschießung Röhm und seiner Genossen als zu mild kritisiert wurde.“³⁶

Insbesondere brachte Hitler und der NSDAP die Aktion in Bad Wiessee Sympathien und Unterstützung von Bürgern, die dem neuen Regime bislang eher abwartend oder sogar negativ eingestellt gewesen waren. Jetzt traute man Hitler und seinen Getreuen auch zu, die noch nicht befriedigende ökonomische und soziale Lage breiter Kreise der Bevölkerung meistern zu können.

Vor allem durch die Betonung der Homosexualität Röhm und anderer SA – Führer, die das Kennzeichen ihrer Amoralität gewesen sei, wurde noch zusätzliche Akzeptanz für die Aktionen am 30. Juni 1934 gewonnen. So kam es, dass „in einer völligen Verkehrung der Wirklichkeit Hitler vielerseits als Streiter für die Werte der Normalität wahrgenommen wurde, der als Repräsentant des ‚kleinen Mannes‘ die Macht der Großen und Mächtigen selbst in seiner eigenen Bewegung zum Wohl des Volkes beschnitt“³⁷.

Eines war von nun an für jedermann offensichtlich: Nach dem 30. Juni 1934 spielte die SA nie mehr die Rolle, die sie vor 1933 und in den ersten Monaten nach der Machtübernahme gespielt hatte. Der neue Stabschef der SA, Viktor Lutze, konnte zu keinem Zeitpunkt irgendeinen politischen Einfluss ausüben, sondern blieb eine Nebenfigur innerhalb der Hierarchie der NSDAP und des „Dritten Reiches“. Oberster SA – Führer blieb auch in Zukunft Adolf Hitler persönlich. Anders als Ernst Röhm wurde sein Nachfolger Lutze von Adolf Hitler auch nicht in das Reichskabinett berufen, dem dieser seit dem 1. Dezember 1933 als Minister ohne Geschäftsbereich angehört hatte.

Als Prätorianergarde der Nazis diente fortan unangefochten die jetzt selbständige „Schutzstaffel“ (SS) unter dem Kommando ihres Reichsführers Heinrich Himmler. Auch das „Nationalsozialistische Kraftfahrer-Korps“ (NSKK) wurde aus der SA herausgelöst und erhielt die organisatorische Eigenständigkeit. Auch hier firmierte Hitler wie bei den Sturmabteilungen als Oberster Führer.

Und dennoch wäre es falsch, der SA für die Zeit nach dem 30. Juni 1934 nur die Rolle eines bedeutungslosen Wehrverbandes zuzuweisen. Schließlich organisierte die SA beinahe alle Männer in Nazideutschland, schulte sie in der faschistischen Ideologie und Politik. Zudem spielte die SA als durchaus effektives Überwachungs- und Spitzelinstrumentarium auch zukünftig eine wesentliche Rolle innerhalb des faschistischen Repressionsapparates.

³⁵ Goebbels Reden, Band 1: 1932 – 1939, hrsg. v. Helmut Heiber, München 1972, S. 156f.

³⁶ Ian Kershaw, Der Hitler – Mythos. Führerkult und Volksmeinung, München 2002, S. 110f.

³⁷ Ebenda, S. 117.

Am 9. November 1938 war es die SA, die während der Reichspogromnacht den antijüdischen Terror organisierte, so, als befände man sich wieder in den Monaten März oder April 1933.³⁸ Auch an der Okkupation der „sudetendeutschen“ Gebiete im Oktober 1938 war die SA beteiligt, indem sie die Terroristen des „Sudetendeutschen Freikorps“ schulte, bewaffnete und logistisch unterstützte.

Und eines blieben die Sturmabteilungen der NDSAP bis zur Kapitulation der Nazis im Mai 1945 auf jeden Fall: die größte Massenorganisation in der Geschichte des deutschen Faschismus.

³⁸ Vgl. Peter Longerich, Die Geschichte der SA, a.a.O., S. 230ff. u. Wolfgang Benz, Der Rückfall in die Barbarei. Bericht über den Pogrom, in: Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, hrsg. v. Walter H. Pehle, Frankfurt a. M. 1988, S. 13ff. sowie Uwe Dietrich Adam, Wie spontan war der Pogrom?, in: ebenda, S. 74ff.